

Zwar hat es sich in den letzten Wochen abgezeichnet, aber irgendwie ist man trotzdem über-



rascht. Positiv überrascht: Der Ständerat hat dem Präventionsgesetz eine Abfuhr erteilt. Zwar stimmten die Ständeräte mehrheitlich für den Vorschlag der Einigungskonferenz und damit für ein Präventionsgesetz, aber für die Aufhebung der Ausgabenbremse, die das Präventionsgesetz überhaupt

erst ermöglicht hätte, fand sich das qualifizierte Mehr (über 50 Prozent der 46 Ständeräte) nicht. Glück gehabt. Für einmal wurde dem behördlichen Aktionismus eine Absage erteilt.

Niemand bestreitet, dass individuelle Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention notwendig und wichtig sind, aber dazu braucht es keine neuen staatlichen Institutionen, die unvermeidlich und absehbar ein Eigenleben entwickeln würden. Unser Alltag ist schon genügend reguliert. Ausser denjenigen, die davon materiell profitieren, wünscht wirklich kaum jemand, sich von einem Bundesamt vorschreiben zu lassen, was er/sie, weil gesundheitsförderlich oder gesundheitsschädigend, zu tun, zu kaufen, zu essen oder zu lassen hat. Für alle, die doch Rat und Hilfe wünschen, gibt es im Übrigen eine geeignete Anlaufstelle: die Hausärzte und Hausärztinnen. Sie verstehen vielleicht weniger von originellen und provokativen Kampagnen, dafür können sie

In Hausärzte statt Präventionsgesetze investieren!

Aber noch immer sei gewarnt vor übermütigen Hoffnungen. Die Präventions- und Fürsorgelobby, die mit Hunderten von Millionen Franken Unterstützung mehr hätte rechnen können – für Gutachten, Kampagnen und Projekte, wird nicht aufgeben. Es geht um viel zu viel Geld. Es gilt jetzt, jenen, die weiterhin teure und weitgehend wirkungslose Aktionen und der Gesundheit angeblich förderliche Kampagnen planen, auf die Finger zu schauen und das BAG daran zu hindern, ohne gesetzliche Grundlage Geld auszugeben und in edukative Programme zu investieren, deren Nutzen nicht erwiesen ist und die von niemandem gewünscht werden.

gezielter und effizienter genau jene Zielgruppen ansprechen, um die es geht. Die Hausärzte für ihre präventive Beratungstätigkeit (genau wie die Landwirte für ihre landschaftspflegende Arbeit) anständig zu entschädigen, kommt die Gesellschaft mit Sicherheit günstiger zu stehen als die Schaffung Dutzender neuer Stellen für Präventionsfachleute.

Richard Altorfer